

Offener Brief des Vorstands
des KiTa-Elternbeirats Potsdam

31. Dezember 2020

Sehr geehrter Ministerpräsident Woidke,
verehrte Ministerinnen Nonnemacher und Ernst,
Herr Oberbürgermeister Schubert,

es ist gerade mal ein gutes halbes Jahr her, dass wir auf eine fehlende „Perspektive für Familien“ hinweisen mussten. Damals befanden wir uns am Ende der ersten Welle einer für uns alle unerwarteten Pandemie und Kitas und Schulen wurden als einige der letzten über Monate geschlossenen Einrichtungen wieder geöffnet.

In den darauffolgenden Wochen und Monaten fanden viele Gespräche statt und immer wieder wurde uns Eltern zugesichert, dass es keiner speziellen Konzepte für eine zweite Welle bedarf und dass man doch jetzt wisse, wie man damit umgehe.

Und nun – ein gutes halbes Jahr später – sind wir mittendrin in der zweiten Welle und stehen doch wieder genau da, wo wir im März, April und Mai standen. Vor „alternativlosen Entscheidungen“, vor konzeptlos wirkenden Maßnahmen und vor allem vor einer fehlenden Perspektive für Kinder und Eltern, für Familien.

Wir sagen STOPP! Das kann so nicht weitergehen.

Wir begrüßen die grundsätzliche Haltung des Bildungsministeriums, Kitas und Grundschulen offen halten zu wollen. Gleichermäßen fehlt diesem Vorhaben eine klar erkennbare Linie. Bei den Grundschulen ist das Land Brandenburg von seinem eigentlichen Konzept abgewichen und dem Druck der anderen Bundesländer bzw. der Bundesregierung erlegen. Schülerinnen und Schüler werden voraussichtlich mindestens den kompletten Januar im Distanzunterricht verbringen, für den es weiterhin an technischer Ausstattung der Schulen und Kinder sowie oftmals an einer fehlenden Qualifikation der Pädagog*innen fehlt. Bei Kita-Kindern wurde die Verantwortung erst an die Eltern abgegeben, die selbst entscheiden sollten, ob eine Betreuung ihrer Kinder notwendig ist oder nicht. Die Familien wurden dadurch einem enormen sozialen Druck ausgesetzt – nicht selten gab es beleidigende Worte von anderen Eltern, Erzieher*innen und Trägervertreter*innen. Im weiteren Verlauf wurde die Entscheidung über Kita-Schließungen im Rahmen einer „Hotspot-Strategie“ den Kommunen und Kreisen übertragen. Diese können

dadurch nahezu willkürlich agieren und ohne die Prüfung alternativer Maßnahmen Kitas und Tagespflegestellen schließen, um z.B. Gesundheitsämter von der aufwendigen Nachverfolgung von Infektionen in Gemeinschaftseinrichtungen zu entlasten.

Wir stehen klar zum formulierten Ziel, vor allem die medizinischen Kapazitäten zu schonen, um allen Menschen, die sie benötigen, auch eine entsprechende Versorgung gewährleisten zu können.

Als Maßnahme, um dieses Ziel zu erreichen, halten wir eine flächendeckende Schließung von Kitas, Horten und Grundschulen vor allem mit Blick auf die Bildungsgerechtigkeit, die sozial-emotionalen Auswirkungen innerhalb der Familien und die gesundheitsgefährdende Doppelbelastung der Eltern für falsch.

Kindertagesstätten, Tagespflegestellen, Grundschulen und Horte müssen landesweit offen gehalten werden und dürfen nur einrichtungsbezogen im Falle von Infektionen geschlossen werden. Gleichzeitig müssen die Voraussetzungen für einen für Kinder, Familien und Pädagog*innen maximal sicheren Betrieb der Einrichtungen geschaffen werden.

Folgende Maßnahmen wären aus unserer Sicht sofort umsetzbar:

Tägliche Testung des Personals mit Antigen-Schnelltests

Seit Herbst 2020 stehen zuverlässige Schnelltests zur Verfügung, die u.a. in Altenpflegeeinrichtungen bereits zur täglichen Testung der Mitarbeiter*innen eingesetzt werden. Erst am 29. Dezember hat das MBS den Einsatz dieser Tests auch für den täglichen Betrieb in Kindertagesstätten empfohlen. Gleichzeitig hat sich das Land hier aus der Finanzierungsverantwortung genommen. Wir fordern den sofortigen, verpflichtenden Einsatz der Antigen-Schnelltests zur möglichst täglichen Testung aller Mitarbeiter*innen in Kindertagesstätten und Grundschulen. Die Voraussetzungen dafür sind geschaffen, an den Kosten sollten sich Land, Landkreise, Kommunen und Eltern gleichermaßen und fair beteiligen.

Schaffung von Anreizen für eine freiwillige Betreuung zu Hause

Eltern, die sich entscheiden, ihre Kinder freiwillig für einen begrenzten Zeitraum zu Hause zu betreuen, sollten unkompliziert von den Elternbeiträgen und Essensgeldern befreit werden. Dabei muss jedoch klargestellt werden, dass Kinderbetreuung und Homeoffice nicht kombiniert werden sollen und die persönliche Gesundheit im Vordergrund steht. Das Angebot der freiwilligen Betreuung zu Hause soll sich daher vor allem an Familien richten, die arbeitsorganisatorisch eine zuverlässige Kinderbetreuung gewährleisten können (Mehrgenerationenwohnen, arbeitssuchend, Elternzeit). Wenn sich nur 10% der Eltern für dieses Modell entscheiden, verringert sich das Risiko einer Ansteckung in den Kitas auch um 10%.

Einsatz von Lüftungstechnik zur Verringerung von Aerosolen

Seit Wochen wird über dieses Thema diskutiert, sowohl das MBS als auch Städte und Gemeinden lehnen den Einsatz von Luftreinigern weiterhin ab. In anderen Ländern dagegen sind entsprechende Geräte seit Monaten erfolgreich im Einsatz. Gern wird hier eine Stellungnahme des Umweltbundesamtes aus dem Oktober 2020 zitiert. Dieses jedoch lehnt den Einsatz entsprechender Geräte nicht grundsätzlich ab, sondern stellt vor allem fest, dass Lüften zunächst erstmal effektiver ist und zur Bewertung der Effektivität der Geräte keine Daten vorliegen. Vor allem in Gebäuden, in denen ein zuverlässiges und regelmäßiges Lüften nicht sicherzustellen ist, scheint der Einsatz entsprechender Geräte demnach grundsätzlich sinnvoll. Eine unkomplizierte und kurzfristige einrichtungsbezogene Prüfung des Einsatzes entsprechender Geräte samt Übernahme der Investitionskosten durch die Kommunen sehen wir als erforderlich an.

Folgende Maßnahmen sind mit kurzem Vorlauf realisierbar:

Temporärer Einsatz von zusätzlichem, auch teil-qualifiziertem, Personal

Es gibt eine große Zahl an qualifiziertem und teil-qualifiziertem pädagogischen Personal, das temporär in den Kindertageseinrichtungen, Horten und auch Grundschulen eingesetzt werden kann. Hierfür kann sowohl im derzeit außer Betrieb gesetzten Kulturbereich (Musikpädagog*innen, Theaterpädagog*innen), im Sport (Sport- und Bewegungspädagog*innen) und auch in den Fachreferaten der Ministerien und Jugendämter akquiriert werden. Durch den Einsatz zusätzlichen Personals können Gruppen klein und Kohorten unverändert gehalten werden. Außerdem lassen sich so krankheits- oder quarantänebedingte Ausfälle abfangen. Kita-Träger benötigen für das zusätzliche Personal eine Finanzierungssicherheit, Schulträger müssen flexible und standortbezogene Modelle ermöglichen.

Nutzung von zusätzlichen Räumen vor allem im Grundschulbereich

Um die Gruppen und Klassen möglichst klein zu halten, sollte einrichtungs- bzw. standortbezogen nach zusätzlichen Räumen gesucht werden. So eignen sich eine Vielzahl sowohl kommunaler als auch privater Räume, die durch den Lockdown nicht genutzt werden können, auch für die Kindertagesbetreuung und vor allem Unterricht. So könnten die Räume an weiterführenden Schulen (die im Distanzunterricht arbeiten) teilweise von Grundschulen und Horten genutzt werden. Auch Räume in Museen und Theatern können entlasten. In diesem Zusammenhang ist eine Kohorten-Raumbindung wichtig: Nicht die Kinder wandern den Lehrer*innen in die Räume nach, sondern andersherum.

Zuverlässigkeit von Hygienekonzept und Dokumentation

Die in den Gemeinschaftseinrichtungen umgesetzten Hygienekonzepte müssen regelmäßig überprüft, aktualisiert und vor allem kontrolliert werden. Immer noch gibt es viele Einrichtungen, in denen Maskenpflicht und Abstände sowohl von Mitarbeiter*innen als auch von Eltern nicht

entsprechend den Vorgaben umgesetzt werden. Bei Dokumentation und Nachverfolgung kann der Einsatz technischer Geräte sowie der Einsatz geeigneter Software-Lösungen die Zuverlässigkeit erhöhen. Hierfür sollten landesweit Vorgaben und Konzepte entwickelt und die Beschaffung und Finanzierung sichergestellt werden.

Viele weitere große und kleine Maßnahmen können darüber hinaus dazu beitragen, dass Kindertageseinrichtungen und Schulen einen möglichst geringen Anteil am Infektionsgeschehen haben. Der Einsatz Freiwilliger in den Gesundheitsämtern, die Entzerrung des ÖPNV in Ballungsräumen und ein obligatorisches Homeoffice für alle Angestellten sind zum Beispiel Maßnahmen, mit deren Hilfe andere europäische Länder das Infektionsgeschehen auch bei geöffneten Kitas und Schulen zumindest unter Kontrolle bekommen haben. Dafür ist ein Umdenken nötig – weg vom Schutz der Wirtschaft, hin zum Schutz der Menschen. Und auch Investitionen sind wohl unumgänglich – allerdings nicht in den Erhalt großer Unternehmen, sondern in Infrastruktur und Voraussetzungen zum Gesundheitsschutz.

Aber all das liegt nicht in unserer Macht. In unserer Macht liegt es jedoch, einen Fokus auf Eltern und Kinder zu richten. Eine Perspektive für Familien einzufordern.

Denn wir reden hier sehr wahrscheinlich nicht über die erste Januarwoche. Und auch nicht über den Zeitraum bis zu den Winterferien. Es scheint nicht unwahrscheinlich, dass uns hohe Inzidenzzahlen bis März oder April begleiten. Und das werden viele Kinder und Eltern, egal ob Arbeitnehmer*innen oder selbständig, nicht unbeschadet überstehen – sozial-emotional oder wirtschaftlich.

Schaffen Sie jetzt die Voraussetzungen, dass Kitas nicht geschlossen werden und Grundschulen möglichst schnell wieder in den Präsenzbetrieb wechseln!

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien einen guten Start ins neue Jahr.
Bleiben Sie gesund – und richten Sie Ihre #AugenAufFamilien.

Catharina Kahl
Johanna Klammer
Christian Gottschling
Jens Borchert-Pickenhan
Robert Witzsche

als Vorstand des KiTa-Elternbeirats Potsdam